

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Verkauf und Verteilung: Drag II., Královská 15. • Xerophon: 20795, 31460. • (Nachdruckstation): 20797 • DeMagedam: 37544

11. Jahrgang.

Donnerstag, 17. Dezember 1931

Nr. 293.

## Die Wahrheit über den Tod des Generals Schill.

Zum Selbstmord gezwungen oder — ermordet!

Budapest, 16. Dezember. (Eigenbericht.) Trotz aller Geheimtöne ist der wirkliche Hergang beim Tode des Generals Schill doch bekannt geworden: Samstag abends waren bei dem verhafteten General zwei Offiziere erschienen und nachher wurde der Leichnam mit einer klaffenden Wunde aufgefunden, die mit einer Schußwaffe herbeigeführt worden war. Schill wurde also entweder zum Selbstmord gezwungen oder ermordet! Die Behauptung, daß er auf dem Anstandsort aufgehängt aufgefunden worden sei, ist ganz offenbar unklar.

Die Militärverwaltung hält den Leichnam vor der Öffentlichkeit verborgen und läßt nicht einmal Detektive und Polizeioffiziere zu ihm, obwohl in der Rutsch-Affäre die Untersuchung von Militär und Polizei gemeinsam geführt wird.

Daß kein Selbstmord vorliegt, geht auch daraus hervor, daß die Leiche heute kirchlich eingesegnet wurde.

## Studenten-Schlacht in Sofia.

Gegen Jankow.

Sofia, 16. Dezember. Die Rückkehr des ehemaligen Ministerpräsidenten Jankow an die Universität, wo er unter dem Schutz der Polizei seine Vorlesungen hält, hat schwere Ausschreitungen der agrarischen Studenten hervorgerufen, die von den Kommunisten unterstützt werden. Durch die Verhinderung der Vorlesungen wollen sie die Vertreibung Jankows als des Urhebers der antiagrarischen und antikommunistischen Vorgehens, das im Jahre 1923 begann, erreichen. Heute führten die Ausschreitungen zu einer blutigen Schlacht, die in stürmischen Demonstrationen auf der Straße endete. Circa dreißig Studenten wurden verletzt, darunter drei schwer.

## Blutige Studentenunruhen auch in Ugram.

Ugram, 16. Dezember. Heute veranstalteten die Studenten in und vor der Universität große Demonstrationen, bei welchem Hochrufe auf den König und auf Jugoslawien und Abzugrufe gegen die Regierung ausgebracht wurden. Die Polizei griff wiederholt ein und zerstreute die Studenten, wobei, wie verlautet, mehrere Studenten verletzt wurden. Der Rektor ordnete die Schließung der Universität auf drei Tage an.

## Die Labour Party wirbt!

Eine Million Mitglieder und die Macht!

(N. J.) Im nächsten Jahr wird die englische Arbeiterpartei den größten Werbefeldzug, den je eine politische Partei in England organisiert hat, durchführen. Ihr Ziel ist „Eine Million Mitglieder und die Macht.“ Es werden dreißig Massenversammlungen in allen Teilen des Landes abgehalten werden, und bei sieben Millionen Wählern sollen Hausbesuche von Vertrauensmännern der Partei stattfinden.

In einer Mitteilung an den „Daily Herald“ verweist der Parteiführer Arthur Henderson darauf, daß bei den Parlamentswahlen im Oktober nahezu sieben Millionen Männer und Frauen für die Partei gestimmt haben. Bis Ende Februar solle eine Million von diesen Wählern als neue Mitglieder in das Parteileben eingeschrieben werden. Dieses Verhältnis von eins zu sieben sei in einigen Wahlkreisen überschritten worden. Es könnte in allen Wahlkreisen überschritten werden, wenn die Arbeiter von neuem den wunderbaren Enthusiasmus ausbringen, den sie während den Wahlen an den Tag gelegt haben.

Das ganze Land wurde in dreißig Bezirke eingeteilt und in jedem Bezirk wird in Beginn der Kampagne eine Konferenz stattfinden. Diese Konferenzen werden von den Delegierten der Lokalorganisationen, der Frauensektionen, der Jugendlichen und der Gewerkschaftsgruppen besucht werden. Die Kampagne wird so bald wie möglich nach Weihnachten eröffnet und bis zu den Gemeindevahlen im März durchgeführt werden.

## Hitlers Antwort an Brüning

Legalität, Pazifismus, Demokratie... Leitsterne der Nazi!

München, 16. Dezember. Die als Sondernummer des „Völkischen Beobachters“ veröffentlichte Antwort Hitlers auf die Rundfunkrede Brünings geht davon aus, daß die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer geistigen Leistung — dies anknüpfend an Brünings Bemerkungen vom Gegensatz zwischen gewissenhaften Arbeiten und bloßem Reden — nur durch den wirklichen Verlauf der Ereignisse bewiesen werde. Hitler erklärt dann, die Partei sei jederzeit bereit, vom Reden abzugehen und die Verantwortung zu übernehmen. In der Frage der Legalität sei er mit allen Führern und Parteigenossen in voller Übereinstimmung, ausgenommen von jenen, die ihm von anderer Seite als Spitzel in die Partei hineingeschickt worden seien, für die aber nicht er verantwortlich zu machen sei.

Hitler gibt dann zu, daß es in seiner Partei einzelne Führer gegeben habe, die mit seiner Legalitätsauffassung nicht übereinstimmen, erklärt aber, daß diese Führer engere Beziehungen zu amtlichen deutschen Stellen gehabt hätten als er selbst, und sagt, daß solche Männer ohne weiteres aus der Partei entfernt worden seien. Weiter heißt es, er habe seinen treuen Anhängern Waffenlosigkeit befohlen, aber den Befehl, sich wehrlos abzuschlagen zu lassen, könne der Reichskanzler nicht verlangen, und er könne ihn nicht erteilen.

Hitler richtet dann an den Reichskanzler die Frage, ob es außenpolitisch richtig und klug sei, eine Bewegung, die nationalpolitisch gesehen, den einzigen Aktivposten Deutschlands für eine wirkliche nationale Außenpolitik überhaupt darstelle, planmäßig der Welt gegenüber als eine illegale und verderbliche Känderbande vorzustellen zu lassen, ohne aber auch nur im geringsten den Sieg dieser Partei verhindern zu können.

Hitler bezieht sich dann auf die Stelle, wo der Kanzler erklärt, er lehne es als Staatsmann ab, daß die Nationalsozialisten, legal zur Macht gekommen, die Legalität durchbrechen könnten.

Wenn die deutsche Nation die nationalsozialistische Bewegung legitimieren werde, eine andere Verfassung als die heutige niederzulegen und zum Gesetz unseres Lebens werden zu lassen, dann könne es der Reichskanzler nicht verhindern. Die nationalsozialistische Bewegung habe den Geist der heutigen Verfassung richtiger erfasst, als das derzeitige herrschende System.

Hitler richtet an den Reichskanzler die Frage, ob er glaube, daß es dem Wesensgedanken der Demokratie entspreche und damit dem innersten Sinn der Weimarer Verfassung nahekomme, wenn eine Regierung bleibe, obwohl sie wisse, daß der Ausgangspunkt ihrer Gewalt, nämlich das Volk, sich schon längst von ihr gewendet habe.

Die Nationalsozialisten respektieren die Verfassung in ihrem Kampfe um die politische Macht und hoffen, daß es ihnen möglich sein werde, dem deutschen Volk eine neue und ihres Erachtens gesündere Verfassung zu geben.

Er verspreche aber schon heute, daß sie die jederzeitige Verfassung treuer respektieren würden, als das heutige Regime die von Weimar.

Der Bonus der Illusionen treffe nicht die nationale Opposition, sondern vor allem das heutige System. Die deutsche Innen- und Außenpolitik der letzten zwölf Jahre sei Illusion gewesen. Die Meinung, zweieinhalb Milliarden an jährlichen Tribut und zweieinhalb Milliarden an jährlichen Zinsleistungen aufbringen zu können, sei eine Illusion, genau so wie es eine Illusion sei, zu denken, daß man für solche Unmöglichkeiten auf die Dauer im Innern die politische Deckung finden werde.

Die neue Notverordnung werde sich in den Hoffnungen, die man an sie knüpft, als eine Illusion erweisen.

Zum Schluß bezieht sich Hitler mit den in der letzten Notverordnung getroffenen Maßnahmen zum Schutze des inneren Friedens und erklärt, erst seit der Reichskanzler auf dem Notverordnungsweg den inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte in Schutz zu nehmen begonnen habe, sei unglücklicherweise der Terror unerträglich geworden.

Die Entwaffnungsbestimmungen würden die Unanständigen nicht vom Angriff zurückhalten, und noch niemals haben die Unanständigen die Waffen abgegeben, sondern immer nur die Anständigen. Wenn auch das Haus wehrlos gemacht sei, wie S. A. wehrlos gemacht wurde, dann werden die Ueberfälle von der Straße in kurzer Zeit zum Ueberfall im Hause führen. Durch diesen Teil der Notverordnung dürste der Terror und die öffentliche Unsicherheit eine abermalige Steigerung erfahren. Auch die Wirkung dieser Notverordnung werde, obwohl anders gedacht, mit-helfen, seiner Partei den Sieg zu erleichen.

## Die neue spanische Regierung.

„Mehr nach links gerichtete Tendenz“.

Madrid, 15. Dezember. Ministerpräsident Azana hat das definitive Kabinett gebildet, dessen Zusammenfassung auch bereits vom Präsidenten der Republik genehmigt wurde.

Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsidentium und Krieg: Azana, Reichsred: Zulueta, Arbeiten: Caballero, Unterricht: Los Rios, Öffentliche Arbeiten: Prieto, Industrie und Handel: Domingo, Justiz: Albornoz, Marine: Giralt, Inneres: Quiroga, Finanzen: Carner, Verkehr: Unbest.

Das neue Kabinett hat eine etwas mehr nach links gerichtete Tendenz, als sein früheres Kabinett. Außer drei sozialistischen

Ministern gehören auch ein Unabhängiger, der allerdings mit sozialistischen Stimmen gewählt wurde, ferner zwei radikale Sozialisten, zwei Mitglieder der republikanischen Aktion, ein katalanischer Republikaner und ein unabhängiger Republikaner der Linken dem Kabinette an. Die Regierung rechnet mit einer Mehrheit von etwa sechzig Stimmen. Die Stellungnahme der einzelnen Parteien und insbesondere der Radikalen, welche 96 Mitglieder zählen (Gruppe des früheren Außenministers Ferrer), zum neuen Kabinett wird sich erst morgen erkennen lassen, sobald sich die Regierung der Nationalversammlung vorgestellt haben und die Abstimmung über die Regierungserklärung erfolgen wird.

## Schlacht in der Mandchurei.

Kantling, 16. Dezember. Aus Ruden hier eintreffende Meldungen besagen, daß das japanische Militär in der Südmandchurei chinesische Truppenabteilungen angefallen habe, die etwa 700 Mann zählten. Die Schlacht währte etwa sechs Stunden und endete unentschieden. Es ist nicht bekannt geworden, wie groß die einzelnen Verluste waren.

## Die Untersuchungskommission des Völkerbundes.

Paris, 16. Dezember. Die Untersuchungskommission des Völkerbundes, die sich in die

Mandchurei begeben soll, wird in den nächsten Tagen ernannt werden. Die Verzögerung ist durch die Ernennung des französischen Delegierten verursacht worden. General Guillaumet, der hierfür vorgeschlagen wurde, hat aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. Man denkt nun an den französischen Admiral Ferr.

## Beränderungen im chinesischen Kabinett

London, 16. Dezember. „Times“ meldet aus Schanghai den Rücktritt des Finanzministers Soong und des Außenministers Wellington Koo. Außenminister Dr. Koo hatte bereits am 5. Dezember seinen Rücktritt erklärt, war aber auf Bitten der Regierung zweiter im Amte verblieben.

## Brünings letzte Karte

Deutschlands Schicksal auf der Waage

Die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten stellt in jedem Sinne die letzte Karte dar, die Brüning auszuspielen hat, ehe er dem Ausland, dem Präsidenten, der „nationalen Opposition“ sein ganzes Spiel hinschmeißt. Nicht daß er schon Va Banque spielte, wie Ludendorff im Sommer 1918; aber einen Trumpf, der sticht, hat er nun kaum mehr in der Hand. Was immer er noch unternehmen könnte, Reichstagsauflösung, Koalition mit Döller, Militärdiktatur mit Groener, wäre ja doch der Bruch mit seinen bisherigen Methoden, mit diesem höchst komplizierten System, das Demokratie und Diktatur, verfassungsmäßiges Leben und autoritative Führung des Staates zu vereinigen versucht, um innen wie außen alle Tore offen zu halten. Auf diesem Wege, der unglückseligertweise mit dem zweiten Kabinett in einer Halbrechtsdrehung ohnehin vom staatsmännischen Kurs der ersten Periode abgewichen ist, war die vierte Notverordnung der letzte Schritt, mit dem noch Boden zu gewinnen war.

Die Notverordnung setzt wirtschafts- und politisch den Versuch fort, durch Senkung der Löhne und der Preise die deutsche Wirtschaft exportfähig zu machen und zugleich durch die Einschränkung des Gesamtvolumens der Wirtschaft die deutsche Währung auf bessere Grundlage zu stellen. Für die Außenpolitik hat das vor allem den Sinn, daß der Beweis erbracht werden soll, daß Deutschland alle Voraussetzungen zur Zahlung seiner Schulden und der Reparationen zu schaffen bereit ist. Brüning hat diese Absicht sehr deutlich erläutert, als er dem Ausland mit fast brutaler Offenheit erklärte, Deutschland müsse exportieren können, um zu zahlen, es müsse die Zahlungen einstellen, wenn man seinem Export nicht die Bahn frei mache. Praktisch wird freilich Brünings Versuch, die Wirtschaft durch Lohn- und Preisentwertung anzufurbeln, vermutlich genau so scheitern wie die vorangegangenen Experimente ähnlicher Art. Im Inland werden zwar die Löhne, nicht aber die Preise auf das vorgeschriebene Niveau sinken, es wird also die Kaufkraft vermindert, die Kräfte verschärft werden. Das Ausland wird der deutschen Exportförderung mit Abwehrmaßnahmen begegnen, ja man kann sagen, daß die englischen Zollschußbestimmungen und der Handelskrieg Deutschlands mit der Schweiz, das Sinken des Pfundes und anderer Währungen den möglichen Erfolg der Brüning'schen Maßnahmen bereits vorweg aufgewogen haben. Es steht also zu befürchten, daß die Notverordnung als wirtschafts- und politischer Versuch ein Bluff bleibt und nicht einmal auf budgetärem Gebiet ausreicht, um das stets wachsende Defizit der Reichskassen zu füllen.

Nun hat aber Brüning mit der Notverordnung, was weniger aus dieser selbst als aus der sie einführenden Rundfunkrede hervorgegangen ist und in der Verordnung lediglich durch die Bestimmungen über das Uniformtragen und den Weihnachtsfrieden zur Geltung kommt, mit seinem Diktat auf rein politischem Gebiet ein bestimmtes Ziel erreichen wollen. Er hat sich schärfer als jemals bisher gegen Hitler gewendet und den Nationalsozialisten eine Abgabe erteilt, die nach den vorausgegangenen Andießerungsversuchen der Nazi an den Kanzler und dem freundlichen Echo, das sie im Zentrum gefunden hatten, überraschend wirkte. Man würde sich sehr täuschen, hielte man diese Abgabe ihrer Schärfe wegen für ein endgültiges Nein Brüning's. Der Kanzler hat ohne

Zweifel den Nationalsozialismus, der so stürmisch zur Macht drängt, noch einmal in die Schranken weisen wollen, im vollen Bewußtsein der Unzulänglichkeit solcher Abwehrpolitik. Für Brüning ist eben jeder Monat, den er den Nationalsozialisten abstrotzt, ein Erfolg, weil sein letztes Ziel ja die Erhebung der Nazi zur vörläufigen Regalität ist. Am Ende aller Träume Brüning's steht ja doch die große national-reaktionäre Koalition, aber eine von ihm geführte, in der Hitler kaum die erste Geige, geschweige denn den Taktstock des Dirigenten erhalte. Je länger Hitler warten muß, je mehr er sich in der letzten Klasse vor dem Ziel verbräutet, desto leichter wird es Brüning haben, ihn als einen Koalitionspartnern neben anderen einzureihen. In diesem Ende aber war es nötig, den Trottmüller noch einmal zu dämpfen, eine Energie zu mimen, die im Grunde doch fehlt (sonst würde Brüning nicht mit Rücktritt und Neuwahlen drohen, die beide doch nur Hitlers Situation verbessern können) zu diesem Ende nutzte die Nervosität des bürgerlich-gemäßigten Lagers, der Zentrumspartei selber, durch eine entschiedene Gesie beauftragt werden.

Brüning braucht aber eine Frist von drei oder vier Monaten auch für seine außenpolitischen Verhandlungen. Er kämpft jetzt um's Ganze und die jüngste Entwicklung in Amerika, das geneigt scheint, mit England gemeinsam eine antifranciaische Front zu beziehen, läßt die Hoffnung zu, daß Deutschland trotz Lavals vor den Wahlen ja erklärlichem Widerstand in der Reparationsfrage weiter kommt, als es bis vor kurzem zu erwarten war. So gern nun Brüning in diesen Verhandlungen den Nationalsozialismus als Popanz benützt, so wenig kann ihm die Unterminderung seiner Stellung durch Hitler erwünscht sein. Das Ausland wird einem Kabinett, das gewissermaßen im Schatten des nachfolgenden, des Herrn von morgen steht, keine Konzessionen machen. Dem Ausland zu zeigen, daß Hitler nur bluffe, war also das andere Ziel der Rede Brüning's und der Notverordnung.

Die Sozialdemokratie hatte es in der Hand, dieses ganze Konzept Brüning's zu zerreißen. Wenn sie es nicht tat, wenn sie auf der Linie blieb, der sie seit fünf Vierteljahren folgt, so sprechen für die neuerliche Tolerierung kaum mehr jene Gründe das entscheidende Wort, die bis zur Tolerierung des zweiten Kabinetts Brüning maßgebend waren. Die Sozialdemokratie weiß so gut wie Brüning selbst, daß die Entscheidung über Hitlers Nachantritt erst im Frühjahr fällt und jetzt nur hinausgeschoben wurde. Sie weiß, daß ihr als Partei der Winter keinen Zuwachs bringen wird, daß sie als Partei bei dieser Tolerierung nichts zu gewinnen hat. Die Sozialdemokratie wollte, wie ihre Resolution deutlich besagt, Brüning jetzt nicht stützen, weil er in den außenpolitischen Verhandlungen der Wortführer der gesamten Nation ist, die Sozialdemokratie hat aus staatsmännischem Verantwortungsgesühl den Ratenkredit für Brüning bis zum Heber erstreckt. Die SPD. bringt wie 1919, wie 1928 als Partei

ein schweres Opfer, für das ihr kein anderer Dank werden kann als das Bewußtsein, im Interesse von Volk und Staat gehandelt zu haben. Wenn Brüning's letzte Karte im Spiel um Reparationen und

Verfassung nicht — die Sozialdemokratie hat es ermöglicht. Erst wenn Brüning auch die letzte Runde verspielt, wird die Sozialdemokratie den Weg gehen, den ihr reines Parteiinteresse weist.

## Heute Vorlage des Mieterchutzprovisoriums.

### Ein ruhiger Tag im Abgeordnetenhaus.

Prag, 16. Dezember. Im Abgeordnetenhaus erwartete man bereits heute die Einbringung der Vorlage über das Mieterchutzprovisorium, das heute noch die politischen Minister beschäftigt, doch blieb es später, daß noch Beratungen der scheidenden Agrarier abgewartet werden sollen. Die Vorlage wird also erst in der nächsten Sitzung morgen vormittag aufgelegt und sofort den Ausschüssen zugewiesen werden.

Die heutige Sitzung wurde von allen Parteien ziemlich vernachlässigt; zu den Vorlagen sprach außer den Referenten nur je ein Kommunist, und auch die beschäftigten sich zumeist mit allen möglichen anderen Sachen. Zur Erhöhung der Rindholzksteuer wurde auch von der Opposition nicht ein einziger Änderungsantrag eingebracht!

Im Plenum des Hauses wurden heute eine Reihe von Vorlagen unter äußerst geringer Beteiligung an der Debatte reibungslos angenommen.

Der neue Handelsvertrag mit der Türkei, der das bisherige Provisorium ersetzt, bringt außer der Meißelung auf unserer Seite eine Verabreichung des Zolls für türkische Rohstoffe, während die Türkei eine Reihe von Zollen bindet und uns bei Perlschnitten, Säulen, Dopsen, Zellulosewaren, Roheln aus gebogenem Holz, verschiedenen Baumwoll- und Pelzengewebe, Porzellanwaren, Installationsmaterial, Gabeln, Waren und Karlsruher Sprudelsalz Ermäßigungen von je 10 bis 25 Prozent auf den türkischen autonomen Zoll einräumt. Die Türkei ist verpflichtet, Offerte türkischer Rohstoffe für den türkischen autonomen Zoll einzureichen. Die Warenwohlstand zu berücksichtigen; letztere Bestimmung stellt ein völliges Novum dar.

Zur Erhöhung der Rindholzksteuer führte der Referent aus, er glaube nicht, daß der erhoffte Mehrertrag von 80 Millionen erreicht werden wird, weil sich die Leute vorwärts eingekauft haben und der Verbrauch daher in der ersten Zeit stark zurückgehen dürfte. Wer bei Feuerzügen, die ihrer Nachbesserung nicht unterzogen werden, trotzdem schon die neue Steuer ausschlägt, kann wegen Wunders verfolgt werden. Die Referenten betonten, daß zu der Vorlage nicht ein einziger Änderungsantrag eingebracht wurde.

## Die Vorgeschichte des Ermächtigungsparagrafen.

### Renekung der Frage der gemeinnützigen Werke auf 30 Jahre beabsichtigt. Untertuner an den Abbruch dieser Verhandlungen schuldtragend.

Nach dem Plenum wurde im Verkehrs-ausschuss die Verlängerung des § 28 des Elektrizitätsgesetzes nach einem Referat Kozels (sich. Merkmal) angenommen. Der Vorsitzende Böllmann ließ sofort abstimmen, ohne zuvor dem zu Wort gemeldeten Genossen Kaufmann das Wort zu erteilen.

Genosse Kaufmann protestierte gegen dieses Vorgehen und bestand auf der Wort-Erteilung, wonach der Vorsitzende — nach der Abstimmung! — die

Debatte eröffnete und dem Genossen Kaufmann das Wort erteilte. Redner verwehrte sich zunächst dagegen, daß das Ministerium auch jetzt wieder erst im letzten Augenblick mit der Vorlage gekommen ist. Auch im Juni dieses Jahres wurde die geplante Durchführungsvorordnung in gleich überzogener Weise im staatlichen Elektrizitätsbeirat vorgelegt und gegen den Protest der deutschen Widerheit angenommen. Da das Arbeitsministerium feststellen mußte, daß der Widerstand gegen die Durchführung der Ver-

ordnung zum § 28 bei allen Interessenten stark war und die Unternehmer sowie die hinter ihnen stehenden Banken eine Regelung wünschten, verhandelte die Abteilung 18 des Ministeriums mit den Unternehmern und vereinbarte eine Novelle, durch die alle Wünsche der privaten Werke erfüllt und die Umwandlung der Werke in gemeinnützige Unternehmungen auf dreißig Jahre verschoben werden sollte, wenn die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, also Staat, Länder, Bezirke und Gemeinden, mit mindestens 25 Prozent am Grundkapital beteiligt werden.

Zum Erkennen aller Eingeworfenen wurde nun aber nicht eine Novelle vorgelegt, sondern nur die Verlängerung des Ermächtigungsparagrafen. Und warum? Die Unternehmer waren inzwischen neuerdings an das Arbeitsministerium herangetreten und hatten veranlaßt, daß die Kommissionen, die zur Feststellung des Wertes der umzuwandelnden Werke eingesetzt werden sollen, aus von den ausländischen Geldgebern (!) genannten Personen zusammengelegt und überhaupt der Wert der Werke schon jetzt festgesetzt werden soll. Das Ministerium lehnte diese Forderung ab und zog es vor, die Novelle zurückzugeben und dafür die Verlängerung des § 28 zu beantragen. Wenn bisher in diesem Staat nicht in allen Fällen, wo ein Betrieb in die Einfluss-sphäre des Staates geriet, die Existenz der betroffenen nichtstaatlichen Arbeiter und Angestellten bedroht worden wäre, müßten wir als Sozialdemokraten das Vorgehen des Ministeriums billigen. So aber müssen wir schließlich darauf achten, den nichtstaatlichen Staatsbürgern bei solchen Transaktionen ihr Recht auf Arbeit und Existenz ungeschmälert zu erhalten. Unser Klub behält sich daher das Recht vor, bei der Verhandlung im Plenum einen geeigneten Antrag einzubringen. Da es sich um gegenwärtigen Stadium aber darum handelt, den § 28 entweder auf ein Jahr zu verlängern oder zu bewirken, daß das Ministerium nach der Ablauf des Ermächtigungsparagrafen die Regelung der umzuwandelnden Werke vornehme, was ohne entsprechende Sicherungen gewiß eine viel größere Gefahr für die Arbeiter und Angestellten bedeuten würde, so wird unser Klub der Vorlage deshalb zustimmen. Daß der Ausweg mit der Verlängerung des § 28 gewählt werden muß, dafür haben lediglich die Unternehmer die Verantwortung zu tragen, weil sie bei diesen Verhandlungen einzig und allein nur ihren eigenen Vorteil im Auge hatten!

Ein Vertreter des Ministeriums gab dann einige Aufklärungen über die Vorgeschichte der Vorlage und stellte einige Ausführungen des Abgeordneten richtig. Der Vorsitzende wollte nun nach Abschluß der Debatte noch einmal abstimmen lassen, wogegen die Vertreter der scheidenden Parteien jedoch mit Erfolg protestierten.

Der Vorsitzende wollte nun nach Abschluß der Debatte noch einmal abstimmen lassen, wogegen die Vertreter der scheidenden Parteien jedoch mit Erfolg protestierten.

Der Vorsitzende wollte nun nach Abschluß der Debatte noch einmal abstimmen lassen, wogegen die Vertreter der scheidenden Parteien jedoch mit Erfolg protestierten.

Der Vorsitzende wollte nun nach Abschluß der Debatte noch einmal abstimmen lassen, wogegen die Vertreter der scheidenden Parteien jedoch mit Erfolg protestierten.

Der Vorsitzende wollte nun nach Abschluß der Debatte noch einmal abstimmen lassen, wogegen die Vertreter der scheidenden Parteien jedoch mit Erfolg protestierten.

## Der Ausnahmezustand in Freiwaldau aufgehoben.

Wie wir erfahren, wurden dieser Tage die verschärften Sicherheitsbestimmungen für den Bezirk Freiwaldau, die praktisch der Einführung des Ausnahmezustandes gleichkamen, wieder aufgehoben. Die Verhärkung des Gendarmeriepostens in Nieder-Lindewiese wurde abkommandiert. — Ueber Intervention unserer Partei teilte der Landespräsident Czerny unserer Fraktion in der mähr.-schlesischen Landesvertretung mit, daß Unterstützungen für die Hinterbliebenen der Opfer aus öffentlichen Mitteln möglich gemacht worden seien.

## Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Amschel

Diese Gedanken schossen den Schülern durch den Kopf. Sie sahen die Sache heute von einem Standpunkt, von dem sie sie bisher nie betrachtet hatten. Sie fühlten, daß sie auf's Schwerste beleidigt worden sind, und wußten, daß eine Auf-lehnung dagegen nutzlos wäre. Trug doch das Zeugnis eine staatliche Stempelmarke und war so durch Entrichtung dieser Steuer zur Urkunde geworden, die der Staat mit seinen Gehehen schützte. Der Staat, der, wie Professor Sieber lehrte, das Recht des einzelnen Bürgers zu schützen hatte, beglaubigte da niedrige Nachahmer eines kleinen Direktors einer Handelsakademie. Franzl griff sich an den Kopf. Waren denn diese Bodensätze, Befriedigend oder Genügend gestohlen, erlogen, erschwindelt? Was war es? Darfte man ungestraft anderen die Vollwertigkeit absprechen, darfte man andere einer betrügerischen Handlung zeihen? Ja, man darfte es. Tolpe selbst hat einmal gesagt: „Sie stehen hier unter meiner Judikatur“, und lehnte jede weitere Debatte ab. Der Schüler hatte nichts zu reden, er wurde zum Sklaven seines Herrn erzogen, er war eine Ware, mit deren Erzeugung man sich handelsakademisch besahzte. Das war Tolpe's Rechtsprechung.

Die Stunde hatte begonnen, Professor Hadlein, ein kleines, unterliches Männchen, blinzelte aus seinen blauen Schweinsauglein nervös auf die in stumpfer Gleichgültigkeit vor sich hindolende Klasse. Seine goldumranderte Brille schleuderte wilde Blitze in die ruhigen Bankreihen, die Ohren lauschten gespannt auf jedes verdächtige Geräusch, das die Interesslosigkeit eines Schülers an der englischen Sprache ver-talen sollte. Nichts rührte sich. Das wunder entsprechende fittliche Betragen war und blieb

vorzüglich und selbst der straffe Befehl, streng vorzugehen, konnte nicht befolgt werden. Die Klasse blieb einem langsam, unauffälligen rotierenden Zylinder, dessen Oberfläche ganz glatt war, so daß man sich an nichts halten, an nichts festem Fuß fassen konnte. Es war überhaupt keine Kleidung vorhanden. Nur eine lähmende Spannung.

Und doch erpähte Hadlein einen kleinen Riß in der scheinbar so glatten Fläche. Nach langem Suchen fand er den Stein des Anstoßes. Tolpe's Weisung konnte befolgt werden.

Mit gleichgültiger Miene durchschritt Hadlein das Klassenzimmer, schaut auf und unter die Bänke, hebt den Deckel eines Buches, findet nichts, geht weiter, bis er...

In Weiners Buch findet er einen sauber zusammengefalteten Bogen. Er nimmt ihn heraus, erkennt sofort die günstige Situation und blüht Weiner triumphierend an.

Weiner selbst versteht die plötzliche Freude seines Lehrers nicht. Er weiß im Augenblick auch nicht, warum man ihm den Entschuldigungsbogen, den er in der nächsten Stunde abgeben muß, wogimmt. Erst später erfährt er es. Die Mutter hat früh den Entschuldigungsbogen eilig unterschrieben und vergessen, das Datum und die Stundenzahl einzutragen. Das war ein Ver-weis für Weiners Schwanzabstreifen. Seinen Einwendungen hörte man nicht zu und am nächsten Tag, als man den Vorfall schon beinahe vergessen hatte, kam plötzliche Tolpe in die Klasse und verkündete dem Weiner einen verständigen Satz wegen Schwindelens mit Entschuldigungsbogenformularen.

Aus der letzten Bank wanderte ein Zettel nach vorne, auf dem die Schüler aufgefordert wurden, am nächsten Tag um dreiviertel acht Uhr früh beim alten Pulvermagazin zusammenzutreffen und noch einem Brief von genau fünfzehn Minuten in geschlossenen Reihen in die Schule einzumarschieren. Unterschrift wurde

keine verlangt, es genüge die mündliche Zusage in der darauffolgenden Pause.

Es läutete. Die Stunde war aus. Franzl bestieg das Podium. Er wiederholte den Inhalt des von ihm geschriebenen Zettels und erklärte genau den Ort und den Zweck des Zusammen-treffens. Gegen solche Willkürlichkeiten müsse man einmal resolut vorgehen. Tolpe solle sehen, daß er es nicht mit kleinen Kindern zu tun habe und daß seine Macht vor der geschlossenen Front der Schüler zu Ende sei.

Man applaudierte und Franzl war froh darüber. Nicht weil man ihm Beifall spendete, sondern weil die sonst so zerplürrte Klasse den Weg zur Gemeinschaft gefunden hatte und im entscheidenden Moment doch zusammenhielt.

In der Folge wurde der Treffpunkt noch einmal genau wiederholt und Verhaltensmaßregeln erteilt. Man reichte einander die Hände. Es war eine allgemeine Verbrüderung.

Das Telephon klingelte. Georg Reiser hob den Hörer ab.

„Hallo? — Franzl? — Servus. Was gibt es denn? — Wie, bitte? — Einen Streik wollt ihr veranstalten? Das ist aber doch nicht gut möglich. Wie wollt ihr denn das anstellen? — Alles ist schon vorbereitet? — Nein, da müssen wir noch darüber sprechen. Hast du heute noch mittag Zeit? — Ja, aber ich bin mit Grell beisammen, mach dir das nichts? — Erna ist auch dabei? Gut, dann treffen wir uns alle in einer halben Stunde beim Museum. — Also abgemacht, es bleibt dabei. Um viertel drei beim Museum. — Ja, bei der Uhr. — Auf Wiedersehen. Schluß.“

Franzl hängte die Hörmuschel auf und trat aus dem Telephonhändchen. Erna ging schon ungeduldig auf ab.

„Was hast du denn Georg so Wichtiges zu erzählen gehabt, daß du mich hier frieren ließe?“ empfangt sie Franzl. Als sie jedoch

dessen nachdenklichen Blick bemerkte, schob sie den Arm in den seinen und zog ihn schnell fort.

„Was gib's denn, Franzl?“ drang sie in ihn. „Ist etwas vorgefallen?“

Franzl schüttelte den Kopf. „Wir müssen jetzt zum Museum gehen“, wich er aus. „In einer halben Stunde kommt Georg hin.“

Erna verzog den Mund. „Schon wieder einmal der Georg. Immer bloß der Georg. Ich werde nur als unumgängliches Übel mitgenommen. — Du mußt mir ja nichts erzählen, ich bin auch nicht neugierig auf Euer Geheimnisse. Besprich alles mit ihm. Ich bin dabei ohnehin überflüssig. Adieu.“

Sie wollte weggehen, doch Franzl hielt sie fest. „So sei doch vernünftig, Erna. Du wirst noch alles erfahren. Warte nur, bis der Georg da sein wird.“

„Dem Georg hast du es natürlich schon längst gesagt. So wichtig war es dir, daß du mich hier eine Ewigkeit hast warten lassen, bevor du ihm alles haarklein berichtet hastest. — Nein, widersprich nicht, ich weiß es genau, zuerst kommt der Georg, dann lange nichts, dann noch immer nichts und zuletzt, wenn es nicht mehr anders geht vielleicht ich. Aber ich habe das jetzt satt. Wenn dir Georg vorgeht, bitte, ich will euch nicht in den Wege stehen.“

„Aber versteht du denn nicht, Erna, wir werden alles gemeinsam besprechen.“

„Nein, ich verstehe gar nichts. Ich will es von dir als Erster erfahren. Das und alles andere. Und dann erst die übrigen. Nicht aus Neugier, sondern... Es ist so gleichgültig, wesohal...“

Sie sah Franzl an und er begann ihr den Vorfall zu erzählen.

(Fortsetzung folgt.)

# Sparjamkeit am unrichtigen Platz.

## Beschleierung der Volksgeundheit in Folge der Krise und der Sparmaßnahmen

Prag, 16. Dezember. Im Senat sprachen heute zur ersten Budgetgruppe noch zwei Redner, worauf die Aussprache über die zweite Gruppe, den kulturell-loyalen Teil, eröffnet und am späten Abend abgeschlossen wurde. Die dritte Budgetgruppe, Wirtschaft und Verkehr, wurde gleichfalls noch am Abend begonnen.

### Für unsere Fraktion sprach Genosse Dr. Politischer

zum Gesundheitsministerium, dessen Budget gerade auf Kosten der Bekämpfung der Volkskrankheiten und der Subventionierung der Jugendfürsorge beträchtlich eingeschränkt wurde. Dr. Politischer warnte vor diesem kurzfristigen Vorgehen, das sich in kurzer Zeit in einer Verschlechterung der Volksgeundheit äußern müßte, und nahm sich auch der Joachimstaler Vergleute warm an. Er führte u. a. aus:

Wir alle verfügen in den letzten Jahren mit steigender Erschütterung, wie die Arbeitslosigkeit auf der ganzen Welt wächst und wie die Kurzarbeit die Betriebe erfasst. Tag die zunehmende Vereinfachung unserer Arbeiterkassen nicht ohne tiefgreifende Wirkung auf den Gesundheitszustand unserer Bevölkerung ist und bleiben kann, versteht sich von selbst. Wenn es so weitergeht, werden bald alle Errungenschaften auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, die wir in den letzten Jahren zu verzeichnen hatten, bald wieder zunichte gemacht sein!

Alle Einrichtungen zum Schutz der Volksgeundheit sind durch die Krise von schwerer Gefahr bedroht. Das betrifft zunächst die Krankenversicherung, die heute vor dem Zusammenbruch steht. Der Beitrag der Bezirksamtsstellen beträgt nur in Böhmen im Vorjahr 63 Millionen, heute bis Ende Juli bereits 55 Millionen. Dasselbe Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zeigt sich aber auch bei den landwirtschaftlichen Kassen, obwohl diese ihren Mitgliedern lobt wie nichts geben. Und warum reichen die Kassen nicht mehr aus? Weil die Anforderungen gestiegen sind.

Weil der Gesundheitszustand der Bevölkerung durch Unterernährung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Saisonlosigkeit im höchsten Maße erschwert ist. Und in dieser Zeit will man daran denken, die Leistungen der Kassen noch mehr herabzusetzen? Dagegen müssen wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen!

Wir müssen darauf hinwirken, daß unsere Kranken-

versicherung heute große Lücken hat, die ausgefüllt werden müssen. Eine halbe Million Arbeitsloser, mit ihren Familien vielleicht zwei Millionen, bekommen heute überhaupt keine ärztliche Hilfe und keine Medikamente, sondern sind nach der zweimonatigen Schanzzeit völlig hilflos der Krankheit ausgeliefert. Dazu kommt, daß auch die Sozialrentner keinen Anspruch auf ärztliche Hilfe und Medikamente haben.

Das Gesetz über die Geschlechtskrankheiten sieht die kostenlose Behandlung Unheilbarer vor; auch die bestehende Durchführungsvorschriften waren wir schon neun Jahre vergebens. In den Krankenhäusern ist für die Leute kein Platz. Wo wollen sie sich behandeln lassen? Wenn auch der Arzt umsonst ist, so kostet doch die Medikamente viel Geld. Die Folge ist, daß viele nicht anspricht werden und die Krankheit weitertragen.

Tatsächlich sind heute die Sozialversicherungsanstalten und namentlich ihre Zentrale heute in diesem Staate noch die einzigen Stellen, wo man sich bemüht, für die Volksgeundheit das Mögliche zu tun. Von Seite der staatlichen Sanitätsverwaltung ist da nicht viel Gutes zu erwarten; wenigstens hat das Exposé des Gesundheitsministers nicht viel Hoffnungen erweckt. Die Ankündigung von energischen Maßnahmen gegen den Krebs ist über zu begrüßen, doch müssen wir darauf verweisen, daß gerade bei uns, wo Radium erzeugt wird, die Erlangung einer Krebsbestrahlung mit Radium ziemlich schwierig ist, da die Krankenhäuser, namentlich im deutschen Gebiet, nirgends Radium haben.

Genosse Politischer schildert dann eindringlich alle unsere Bemühungen, die Joachimstaler Vergleute vor der schrecklichen Bergkrankheit zu bewahren. Eine Besserstellung auf administrativem Wege wurde zugesagt, aber der von uns eingebrachte Gesetzesentwurf bleibt liegen, weil er im Ministerium für öffentliche Arbeiten namentlich bei dem hierfür zuständigen Herrn Staudl auf unüberwindlichen Widerstand stößt. — Endlich protestiert Redner dagegen, daß die Sanierung der Branderlader seit Jahren mit derart bürokratischer Langsamkeit behandelt wird, obwohl es sich um das Schicksal vieler tausender Arbeiter handelt.

Sparjamkeit auf Kosten der Gesundheit des ganzen Volkes bedeutet überhaupt die größte Verschwendung; heute exportiert man vielleicht ein paar Millionen, um sie an Volkskraft, an Arbeitsleistung im Laufe der Jahre zehntausendmal wieder hergeben zu müssen! (Beifall)

# Andere Methoden gegen den Ratismus!

## Gemeinsame Beschlüsse der SPD, der Gewerkschaften und des Reichsbanners.

Berlin, 16. Dezember. Die Spitzenvertreter der sozialdemokratischen Partei, des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des ADGB-Bundes, des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes und des Reichsbanners nahmen heute hier in einer gemeinsamen Tagung zur neuen Notverordnung und zur Lage im allgemeinen Stellung. Der Vorsitzende des ADGB Leipart setzte sich im einzelnen mit der Notverordnung, insbesondere mit den Lohnkürzungen auseinander. Er betonte, es sei Aufgabe der gesamten Arbeiterbewegung, mit dazu beizutragen, daß die angelegentlich Senkung der Preise nachdrücklich durchgeführt werde. Mit den Reparationen müsse Schluß gemacht werden. Denn was gut zu machen gewesen wäre, sei längst abgetragen worden. Er rief erneut die Arbeiter der ganzen Welt dazu auf, der Herrschaft der Reparationen nicht länger den Boden zu bengen. Was die Not-

verordnung betreffe, so lege sie der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten auf. Es liege aber nicht im Interesse der Arbeiterklasse, eines Bürgerkriegs heranzubefördern. Vielmehr müßte sich die Arbeiterklasse den Glauben auf die Zukunft und an die eigene Stärke behaupten.

Nachdem noch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Breitfeld und der Vorsitzende der SPD Welt gesprochen hatten, wurde einstimmig die Veröffentlichung einer Erklärung beschlossen, in der die Vertreter der Partei und der Verbände zum Ausdruck bringen, daß die Kampfmethoden gegen den Ratismus denen der faschistischen Gegner angepaßt werden sollen. Die Notverordnung sei ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag.

## Wachsende Arbeitslosigkeit in Wien.

Wien, 16. Dezember. Der Stand der unversicherten Arbeitslosen in Wien ist in der ersten Hälfte des Monats Dezember um 3510 auf 106.406 gestiegen. Damit ist der Stand um 11.000 höher als im Vorjahre.

# Landespräsident Kubat verteidigt die Uebelstände in der Verwaltung, anstatt für ihre Beseitigung zu sorgen.

## Genosse Bözl gibt ihm darauf die Antwort.

In der gestrigen Sitzung der böhmischen Landesvertretung kam Gen. Bözl auf eine Reihe von Uebelständen in der Landesverwaltung zu sprechen. Er führte an:

In der Sitzung vom 29. Mai beschloß die böhmische Landesvertretung über Antrag des Gen. Bözl, den Herrn Landespräsidenten zu ersuchen, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß:

1. das oft langwierige und schwerfällige Verwaltungsvorgehen durch weitestgehende Konzentration desselben zu beseitigen;
2. den Berufungen gegen Entscheidungen und Verfügungen der politischen Behörden, die ausschließende Wirkung nicht zu verlagern, wenn kein gesetzlicher Grund hierfür vorliegt oder wenn es sich um private Interessen oder um Interessen von Selbstverwaltungskörpern oder um den Vollzug von Geld- oder Freiheitsstrafen handelt, und
3. die Bezirkshauptleute den Mitgliedern der Bezirksvertretung und des Bezirksausschusses ermöglichen, an der Kontrolle der wirtschaftlichen Verwaltung in vollem Ausmaße teilzunehmen und die in den überwiegend deutschen Bezirken in die Lage versetzt werden, sich über die Reskrate und an der Hand der Bücher und Belege über die Wirtschaft des Bezirkes sowie seiner Zustellen und Einrichtungen zu informieren.

Der Landespräsident hat auf dieses, anhand von mehreren Beispielen wohl begründete Ersuchen eine Antwort erteilt, die nicht befriedigend sein kann. Vor allem stellt sich, daß das Ersuchen an den Herrn Präsidenten aus einem dringenden Bedürfnis heraus entstanden ist und die Tribüne der Landesvertretung nur benützt wurde, um begründete Beschwerden vorzubringen und im Interesse einer klagelosen Zusammenarbeit der autonomen und politischen Verwaltung baldige Hilfe zu erwirken. Der Herr Landespräsident müßte als oberster Chef der Verwaltung des Landes eine derartige — um mit dem Herrn Präsidenten der Republik zu sprechen — richtige, kritische und dadurch mischaffende Opposition begrüßen, wenn sie mit sachlicher Kritik die Verbesserung der Verwaltung anstrebt.

Was kann nun die Bevölkerung aus der Antwort des Herrn Präsidenten erhoffen? Mein Antrag hat zwar offenbar den Runderlaß vom 6. August 1. J. N. 28.511, präf., angelehnt, doch in der Sache hat sich nichts geändert und die Allenverziehung ist noch wie vor im Schwange.

Wie könnte es denn auch anders sein, solange bei den staatlichen Behörden die Spießenerledigungen, die „Schieber“ den Entscheidungen abschleppen lassen. Es kann doch auch dem Herrn Landespräsidenten nicht verborgen geblieben sein, daß manche Verwaltungsbehörde die Erledigungsdreie grundtätlich dadurch außer Verweis bringt, indem auf die Akte der Vermerk: „Vorläufig hinterlegen“ oder „Vorläufig zur Kenntnis genommen“ geschrieben wird. Die Behauptung in der Begründung meines Antrages, daß, wenn Vereinsgründer die Erlaubnisse dem behördlichen Erlasse angepaßt haben, ein Verbot aus anderen Gründen erfolgt, die vorher im Erlaß nicht geltend gemacht waren, halte ich aufrecht und wenn der Herr Präsident einen unüberleglichen Verweis hierfür braucht, kann er sich über das Schicksal der Statuten des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungsförderer berücken lassen.

Mit einem Hinweis auf die Ähnlichkeit für die Gemeinde Kofenblatt hat es ebenfalls keine Wichtigkeit. Der wahre Grund der Verurteilung an die „Národní jednota severočeská“ ist auf die Bemerkung des mittlerweile verstorbenen Bezirkshauptmannes Mann in Dar im Beiratsbericht an die Landesbehörde vom 1. August 1929, N. 27.032, zu finden.

daß die Lizenz der „Národní jednota severočeská“ zu erteilen wäre, weil damit „besser die Respektierung der Staatsprache sichergestellt sei.“ Der eingeholte Gendarmeriebericht be-

sagt, daß durch die Erteilung der Lizenz an die „Národní jednota severočeská“ die tschechische Minderheit gefördert wird.

Anstatt eine solche unsachliche Berichtserstattung zu unterlegen, wird sie gebildet und gefördert. Die Behauptung des Herrn Präsidenten, daß die „Národní jednota severočeská“ ebenso berichtigungswürdig sei, entspricht nicht den Tatsachen, denn die tschechische Schule und der tschechische Kindergarten, zu deren Förderung das Reinertragnis des Ainos verwendet werden soll, werden von 28, bzw. 5 Kindern besucht, während die deutsche Schule von 178, der deutsche Kindergarten von 58 Kindern besucht wird und die tschechische Minderheit in Kofenblatt nur 15 Prozent beträgt. Außerdem steht es außer Zweifel, daß die Gewähr für die gemeinnützige Verwendung des Reinertragnisses bei der Gemeinde eher vorhanden ist, als bei der konfuzierenden „Národní jednota severočeská“. Daher wird auch dem Ministerium des Innern die Erledigung der Berufung vom 13. April 1. J. so schwer.

Es bedarf natürlich keiner Feststellung durch den Herrn Landespräsidenten, daß sich die Behörden an das Gesetz halten müssen, wenn sie einer Berufung gegen eine Entscheidung oder Verfügung die ausschließende Wirkung verlagern wollen. Bei den Bezirksbehörden ist es aber gerade Mode geworden, den Berufungen in unbegründeter und geschwinder Weise die ausschließende Wirkung zu verlagern. Im Falle Komotan lag weder eine rechtskräftige Entscheidung vor, noch bestand ein Grund, der Berufung die ausschließende Wirkung zu verlagern und die Pfändung der Schreibmaschine und der exklusive Verkauf derselben wurden doch durchgeführt.

Die nachdrücklichste Feststellung des Herrn Landespräsidenten, daß:

die Geschäftssprache der Bezirke auch für den Kassa- und Rechnungsdienst die Staatsprache

ist, bedeutet, daß die ganze Buchführung auch in den rein deutschen Bezirken den deutschen Mitgliedern der Bezirksvertretung und Bezirksausschusses unzugänglich sind, denn die Verrechnung, daß die Bezirkshauptleute die Pflicht haben, die Tätigkeit der gewählten Vertreter in den Grenzen des Gesetzes zu ermöglichen, ist in der Praxis nichts anderes und es ist einer gesunden demokratischen Verwaltung unwürdig, die Ermöglichung der Tätigkeit eines Bezirksfunktionärs, wie eines öffentlichen Funktionärs überhaupt, von der Gnade des Bezirkshauptmannes abhängig zu machen.

Was soll man dazu sagen, wenn eine Verwaltungsbehörde in Unkenntnis des Gesetzes gegen einen Verein eine Anzeige erstattet, weil eine gewöhnliche Anzeige einer Vereinsversammlung platziert wurde, ohne vorher die behördliche Genehmigung einzuholen, oder wenn eine Wohnungseinkaufsbefähigung ausgestellt wird, auf Grund der dann tatsächlich der Wohnungseinkauf durchgeführt wurde. Der Bezirkshauptmann von Fischhofen hat durch seinen Stellvertreter in seiner eigenen Wohnungsbefähigung entschieden und die Gemeinde zur Bestimmung einer Dienstwohnung für sich und den Amtsbücher verpflichtet. Als die Gemeinde gegen den Bescheid die Berufung überreichte, ließ der Bezirkshauptmann diese Berufung unerledigt und quartierte sich in seinem eigenen Hause auf Namen und Rechnung der Gemeinde ein.

Der Bezirkshauptmann läßt sich also als Hausbesitzer seine Wohnung im eigenen Hause von einem dritten (die Gemeinde) bezahlen.

Bald werden wir es erleben, daß die Staatsbeamten, die Anspruch auf eine Dienstwohnung haben, sich auf Gemeindefunktionen Käufer bauen, oder sich zumindestens Wohnungen beschaffen können.

## Böhmische Landesvertretung.

Die böhmische Landesvertretung hat gestern den wesentlichen Teil ihrer Tagesordnung erledigt. Beachtung fand ein Bericht des Landesausschusses, wonach das Ministerium des Innern die Reinstellung der Dienststellen beim Landeskulturamt laut den bezüglichen Anträgen des Landesausschusses aufgehoben hat. Die Landesvertretung beschloß gegen diese Verfügung des Ministeriums des Innern an das Oberste Verwaltungsgericht zu rekurrieren. Weiter wurde ein Bericht des Landesausschusses auf systematische Regelung der Sozialfürsorge im Lande Böhmen entgegengenommen. Es wird die programmatische Tätigkeit des Landes auf diesem Gebiete die Grundlage von Verhandlungen der Sozialkommission bilden, die einen diesbezüglichen Fünfjahresplan vorlegen soll. Interesse fanden die Ausführungen des Genossen Bözl über Uebelstände bei den Verwaltungsbehörden, die wir an anderer Stelle bringen.

Bei Ergänzungswahlen in den Landesauswahl wurde der Gewerbedarsteller Dr. Bas anstelle des tschechischen Sozialdemokraten Maschek gewählt. Diese Wahl war notwendig geworden auf Grund der Vereinbarungen, die zwischen den beiden Parteien seinerzeit geschlossen worden sind.

Mit den üblichen Weihnachtswünschen schloß der Landespräsident die 13. Session der böhmischen Landesvertretung.

## Mährisch-schlesische Landesvertretung.

Brünn, 16. Dezember. (Eigenbericht.) Die mährisch-schlesische Landesvertretung kündete heute ihre 13. Tagung, indem sie die Abstimmung über die vorliegenden Anträge durchführte. Zunächst Vorlesung des Landesausschusses wurden genehmigt, sämtliche Anträge der Mitglieder dem Landesauswahl zur Beratung zugehen. Eine Interpellation der deutschen Sozialdemokraten über die tschechische Entlohnung der bei Arbeiten des Landes in Nordmähren beschäftigten Arbeiter wurde vom Landespräsidenten in dem Sinne beantwortet, daß bereits Erhebungen seien und die Uebelstände beseitigt werden sollen. Mit einem Verweis über die Tätigkeit der Landesvertretung verließen heute und den üblichen Weihnachtswünschen wurde die Tagung geschlossen.

Tod eines kommunikativen Abgeordneten. Am Abgeordnetenamt ist gestern die Nachricht vom Ableben des kommunikativen Abgeordneten Andreas Kufner, der für den Wahlkreis Pankafz aufgeführt ist, eingetroffen. Der Verstorbenen war 61 Jahre alt. Er ist am 23. Oktober 1929 in Wien gestorben. Am Parlamentgebäude wurde die schwarze Fahne gehißt.

## Die Richtigkeitsbeschwerde Majors.

### Seute Urteil.

Brünn, 16. Dezember. Vor dem Obersten Gerichtshof wurde heute die Richtigkeitsbeschwerde des kommunikativen Abgeordneten Tiedban Major gegen das Urteil des Obergerichtes in Pilsen verhandelt, womit es als Berufungsgericht die vom Pilsener Kreisgericht gegen Major wegen der bekannten blutigen Ereignisse in Rosow am 25. Mai verhängte Gefängnisstrafe von acht Monaten Gefängnis und 2000 K Geldstrafe auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis erhöht hat. Die Richtigkeitsbeschwerde wird vor dem slowakischen Senat unter Vorsitz des Rates des Obersten Gerichtshofes Dr. Rukbaum verhandelt. Die Generalprokuratur vertritt Dr. Cidar. Die Entscheidung des Gerichtshofes wird morgen vormittag veröffentlicht.

## Für eine Bank gibt es keine Gesetze und Vereinbarungen!

Wie wir vor kurzem meldeten, hat der westschlesische Steinindustriellenverband (Freiwaldau) mit den Steingewerkschaften einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem, um eine Entlassung der Arbeiter hintanzuhalten, in zwei Partien gearbeitet werden soll, und zwar jede Partie immer eine Woche. Alle in Betracht kommenden Industriellen fühlen sich durch die Vereinbarung, ihres Verbandes gebunden, nur die böhmische Industriellen nicht. Diese beherrscht die Firma Steinwerke C. Kulla, Aktien-gesellschaft und lehnt die Vereinbarungen ab und verlangt, daß von den beschäftigten 400 Arbeitern 250 sofort entlassen werden und daß die verbleibende Zahl noch weiter herabgesetzt werde. Wörtlich heißt es in der Zuschrift an die Firma: „Mit der turnusmäßigen Beschäftigung von 200 Mann — wenn auch turnusmäßig — ist der Verwaltungszustand nicht empfindlicher, ebenso nicht mit der Beschäftigung der Leute in den Tagen 21., 22., 23., bzw. 24. Dezember.“ Dabei wurde uns von unrichtiger Seite versichert, daß dieser Schritt der Bank absolut unbedenklich ist. Das Freiwaldauer Steingebiet ist infolge der Schieferungen vom 25. November ein brodelnder Kessel. Soll mit Gewalt durch die kurzfristige Profingier eine neue Katastrophe provoziert werden?

## Sechs Wochen Gefängnis für Reichstagsabgeordneten Florian.

Suppetal, 16. Dezember. Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Florian (Lüpfelberg) und Beller (Suppetal) hatten wegen Aufrufen in einer Versammlung Strafbefehle über zwei Monate Gefängnis erhalten. Gegen die Strafbefehle hatten beide Abgeordnete richterliche Entscheidung beantragt. Das Gericht verurteilte gestern in einer unanständigen Verhandlung Florian zu 6 Wochen Gefängnis und setzte den Strafbefehl gegen Beller aus.

# Höhepunkte im Stránský-Prozess.

## Vorkämpfe der Verteidigung. — Dr. Engliš sagt aus. — Der parlamentarische Ankläger Dr. Stránský als Zeuge.

Prag, 16. Dezember. In Beginn der heutigen Verhandlung stellt Dr. Káslin den Antrag auf Einvernahme des Gutachterin Kuzička aus Zlín, der bezeugen soll, daß die Geschädigten Kuzička und Trojny im Auftrag des Abg. Dr. Stránský durch vier Monate allerlei Material gegen Stánský zu sammeln, wofür sie einen Spesensatz von 50.000 K erhalten und außerdem die Zulage von Staatslieferungen für eine von ihnen zu gründende Deliktfirma im Mindestbetrug von einer Million. Der Senat behält sich den Beschluß über diesen Antrag, der zur Beurteilung gewisser Spesenansprüche von Bedeutung sein kann, für den gegebenen Zeitpunkt vor. Es folgt eine ergänzende Einvernahme des österreichischen Hauptzeugen Min. Rat Krejča über Details des materiellen

dem bereits nervös gewordenen Zeugen ins Gesicht, eine Auslage sei eine krasse Verleumdung.

Nach anderthalbstündiger Pause wurde um vier Uhr die Verhandlung fortgesetzt. Der Staatsanwalt stellt den Antrag auf Einvernahme des Abg. Kuzička über die Tätigkeit des Verfassers des Untersuchungsausschusses mit Rücksicht darauf, daß Stánský behauptet, man habe sich bei verschiedenen Maschinen ihm gegenüber bedient. Der Gerichtshof behält sich die Entscheidung über diesen Antrag vor. Auch die Gattin des Angeklagten Hanna Stánský tritt als Zeugin auf.

Dann aber erreicht der Kampf zwischen Anklage und Verteidigung seinen dramatischen Höhepunkt mit der Einvernahme des Zeugen

**Dr. Jaroslav Stránský, der im Februar d. J. im Parlament seine öffentlichen Beschuldigungen gegen Stránský erhob und Anstoß zur Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen Stánský gab.**

Unter größter Spannung beginnt um halb 6 Uhr diese bedeutungsvolle Einvernahme. Der Zeuge wird vernommen. Der Gerichtshof konstatiert, daß Dr. Stránský in der kritischen Zeit Abgeordneter war und demnach das Recht genießt, die Auslagen über Zeuge, die ihn in dieser Eigenschaft bekannt wurden, zu verweigern. Er erklärt, inwieweit Gebrauch davon zu machen, als es gewisse Gewährungsmänner betrifft.

Dann beginnt Dr. Stránský von dem demütigenden Ministerrat vom 27. Juli 1920, wo es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Stánský und Engliš kam, von dem er Berichte erhielt. Der Eisenbahnminister soll den Finanzminister in heftigen Worten für eine ebensolche allgemeine Verleumdung und damit auch Wirtschaftskatastrophe verantwortlich gemacht haben. Denn bekanntlich sträubte sich Engliš hartnäckig gegen den ungünstigen Ab-

### deutschen Vertrages oder Konzeptes,

die abermals ohne positives Ergebnis bleibt. Das Gericht beschließt den Oberst des Finanzministeriums Ing. Krupka aus eigener Initiative zur heutigen Verhandlung auf fernem Wege zu laden, da ein handgeschriebenes Konzept dieses Beamten zu der Forderung vorliegt und gleichzeitig um seine Entbindung von der Wahrung des Amtsgeheimnisses zu ersuchen.

Es folgt die Einvernahme des Redaktors Dyma des „Kor. Čp.“, der aus eigener Erfahrung nichts über die Verbindung der beiden Angeklagten weiß, sondern die Strafanzeige gegen sie aufgrund der Akten des Untersuchungsausschusses erhalten hat, die ihm von dem nat.-soz. Abg. Dr. Mondry überlassen wurden. Nun erfolgt ein überaus wichtiger Vorstoß der Verteidigung. Dr. Jozifko beruft sich auf die Präzedenz des parlamentarischen Untersuchungsausschusses nach dem Gesetz 325/20, die identisch mit der der ordentlichen Gerichte sei. Da Dr. Mondry nicht Dr. Jozifko und Dr. Stránský als Vertreter ihrer Partei in den Austausch einsetzt, werden beantragt, er die Verladung des ersteren, um ihn darüber zu vernahmen,

ob er von der pflichtgemäßen Wahrung des richterlichen Amtsgeheimnisses entbunden war,

als er die Akten dem Redaktor Dyma überließ. Außerdem sollen die stenographischen Protokolle und Ausschussprotokolle eingefordert werden. Der Antrag wird im letzten Punkte fertiggestellt, die Ladung Mondry's dagegen läßt das Gericht als unerbittlich ab.

Gustav Vley, Direktor des Varietés und Besitzer des Hotel de Vore, erklärt nichts von einem Dyma zu wissen, wo Franz Stéfal und Stánský und seine Freunde Karten gespielt und Zusammenkünfte gehabt hätten und wo angeblich auch Stánský mit Stánský zusammengekommen sein soll. Er hat im Sommer 1920 auf Erfinden Stánskýs, im Minister, mit dem er gemeinsam ein Nagelwerk in Karau's besitzt, telephonisch für die Wagnislieferung zu interessieren versucht, u. zw. lediglich aus Gefälligkeit, weil Stánský mit Stánský persönlich nicht bekannt gewesen sei. Stánský habe ihn an Dr. Burzer vernommen, da dieser bekanntlich sei. Er selbst (Stánský) wolle nichts damit zu tun haben. U. a. habe sich der Minister geäußert:

„To je samý lůst!“ (Das sind ja lauter „Lustgeschäfte!“)

Auch bezüglich der sonstigen angeblichen Verbindungen der verschiedenen interessierten Geschäftleute ist die Aussage Vleys völlig negativ.

Unter großer Spannung tritt nun

### der damalige Finanzminister Dr. Karol Engliš

als Zeuge auf und wird vernommen. Er macht einen müden und nervösen Eindruck. Von der ganzen Sache sind ihm nur zwei Episoden in Erinnerung geblieben: die Intervention des Agrarbankdirektors Svoboda und der Ministerrat vom 27. Juli 1920. Diese Bank sollte die von den Deutschen geforderte Garantieaktion durchführen. Dr. Engliš, der inzwischen von den ungünstigen Konjunkturalbedingungen erfahren hatte, verhinderte aus eigenem Antrieb die Aktion, um die Verhinderung des „irregulären“ Abchlusses zu vereiteln. Einige Tage darauf habe er mit Stánský in dem erwähnten Ministerrat in dieser Sache einen schweren Konflikt, weil er das Realprojekt als unzulässig betrachtete und diesen Standpunkt unabweislich vertrete, und der Ministerrat genehmigte schließlich die Aufkündigung der Wagnisse, die unbedingt nötig war — aber unter der Voraussetzung, daß der Finanzminister diese Sache genehmige, was später auch geschah, worauf die Reuebewegung der ersten Phase von 10 Mill. Kr. im Wege des Bankrottes erfolgte. Es empfinden sich lebhafteste Debatten über einzelne prinzipielle Fragen verfassungsmäßiger und verfassungswidriger Natur. Als ehemaliger Minister mußte sich Engliš vom jetzigen Ministerrat der Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses entbinden lassen. Doch besteht sich diese Einvernahme auf ganz genau bestimmte Tatsachen, so daß Engliš mit Erfolg weitgehende Fragen der Verteidigung ablehnt. Stánský selbst richtet mehrere Fragen an Engliš, die bestimmte Auslagen Dr. Stránský's widersprechen sollen. Im ganzen kann man nicht sagen, daß die rein faktische Frage bisher eine Klärung erfahren hat. Wohl verhältnismäßig bleibt auch die Einvernahme Ing. Krupka's über den Konzeptsentwurf.

Der Hauptkern des Prozesses, die Aussagen Stánský's bei Stánský vom Hörensagen. Der Zeuge Flekner erklärt, selbst solche Behauptungen gemacht zu haben, doch sind seine Aussagen nicht frei von Widersprüchen. Nach einem mächtigen Tremmelfeuer von Kreuzfragen seitens der Verteidigung und des Vorsitzenden sagt Stánský

„Gut. Die dann erhaltene stark Verbilligung des Preises habe Stránský sogar gemacht, doch habe er damals noch keinen Verdacht gehabt, vielmehr bestanden damals noch gute Beziehungen zwischen ihnen, die erst 1921 ein Ende fanden. Im Jahre 1926 habe Stánský als Zeuge in einem Ehrenbeleidigungsprozeß in einer Weise ausgesagt, daß er ihm von dieser Zeit verdächtig wurde.“

Durch einen Brief aus Zlín wurde er auf den Dr. Podkýpka aufmerksam gemacht, der ihn befragte und die Angelegenheit Stánský's in allen Einzelheiten mitteilte, ebenso davon, daß Dr. Eberstorfer sich entschlossen hat, die Sache zu vereiteln. Da auf diese Intervention Oberthors

Stánský durch ein Telegramm reagierte, handelte er sich fest, daß es sich hier um eine ungeheure Höhe Korruptionsaffäre handelt.

Aus übergroßer Vorsicht aber vermied er es noch, die Klare und die Angelegenheit Stánský's in allen Einzelheiten mitteilen, ebenso davon, daß Dr. Eberstorfer sich entschlossen hat, die Sache zu vereiteln. Da auf diese Intervention Oberthors

Aus diesen stellte er fest, daß die Behauptung Stánský's, er habe auf das Wagnisgeschäft keinen Einfluß und an ihm kein Interesse gehabt und die Behauptung Stánský's, daß er selbst dem Staat durch neue Verordnungen mit den Lieferfirmen Millionen erparnt habe, nicht auf Wahrheit beruhen könnten. Und nun trat er mit der öffentlichen Beschuldigung vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses hervor. Gegenüber den Behauptungen Stánský's, man habe sich verächtlicher Machinationen gegen ihn bedient und ihm eine Auslösung erteilt, erklärt er beizichtigt und unter genauer Behauptung der Untersuchungstechnik, daß diese Behauptung vollkommen unrichtig sei, weil der Originalvertrag, von dem Stánský durchbildet läßt, daß er nicht ganz zufällig verloren gegangen sei, niemals vorgelegen ist.

Die Verteidigung greift einzelne Punkte der Auslage heraus, es entspannen sich Polemiken, bei denen Dr. Stránský zugibt, aus eigener Anschauung nichts auslegen zu können, sondern sich auf das zu Last gefommene Material zu stützen. Stánský schließt sich mit einer heftigen Polemik gegen Dr. Stránský an, nach deren Ende der Vorsitzende um halb acht Uhr abends die Verhandlung vertagt.

## Tagesneuigkeiten

### Brandkatastrophen.

**Bangkok (Siam), 16. Dezember.** Im Chinesenquartier von Bangkok brannten 500 Gebäude aus, darunter das Gebäude der Kantun-Bank. Es handelte sich um ein in der Geschichte der Stadt noch nicht verzeichnetes Großfeuer. 2000 Personen sind nunmehr vollkommen obdachlos.

**Charlottetown (auf der Prinz-Edwards-Insel), 16. Dezember.** Bei einem im Falkenwooder Sanatorium für Geisteskranken ausgebrochenen Feuer kamen drei Patienten in den Flammen um. Drei weitere werden vermisst. Mehr als 400 Patienten konnten rechtzeitig aus dem brennenden Sanatoriumsobjekt gerettet werden.

**Lemberg, 16. Dezember.** In Sucodole brach gestern ein Feuer aus, dem 52 Gebäude zum Opfer fielen. Bei lebendes und totes Inventar sowie die gesamte Ernte wurden vernichtet. 200 Familien sind obdachlos geworden.

### Winterfürne.

**Riga, 16. Dezember.** In dem ungewöhnlich heftigen Schneesturm, der heute nachts und heute vormittag über Lettland dahinfegte, ist auf der Libauer Seebe der estnische Segler „Luha“ vom Anker losgerissen worden und untergegangen. Die siebenköpfige Besatzung ertrank.

**Cranz, 16. Dezember.** Das Ostseebad Cranz ist in der vergangenen Nacht von einer schweren Sturmflut heimgesucht worden. Die Meeresspiegel sind in einer Fläche von 500 Metern weggespült. Die Uferlinie nach Cranz ist durch die vom Sturm gefällten Bäume unpassierbar. Das Uferlandwerk ist außer Betrieb, da die Leinwandmasten umgerissen sind. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt.

**Rom, 16. Dezember.** Schwere Stürme haben viele Gegenden Italiens heimgesucht. In Rom ist durch einen Wirbelsturm der Balkon des Regierungspalastes herabgerissen worden. Auf der Insel Sardinien haben Sturm, Regen und Ueberschwemmungen schwere Schäden angerichtet. In der Nähe von Florenz hat der Sturm einen Kirchturm umgestürzt, wobei auch die Dächer der Nachbarhäuser schwer beschädigt wurden.

**Stockholm, 16. Dezember.** In ganz Schweden müteten heute schwere Schneestürme, die großen Schaden angerichtet haben. Telefon-, Telegraphen- und elektrische Leitungen sind vielfach gestört worden. Die Telegraphenverbindung mit Deutschland und Finnland wurde gänzlich unterbrochen. In Wisby auf Gotland wurde heute abend eine Windstärke von 85 Sekundenmetern gemeldet. Große Teile der Stadt liegen, da die Elektrizitätsleitungen teilweise zerstört sind, im Dunkeln. Ein Schiff mit fünf Mann Besatzung wurde vom Sturm abgetrieben und konnte bisher nicht geborgen werden. Auch der Eisenbahnverkehr hat viele Störungen erfahren.

### Muttermörderin.

**Freital (Sachsen), 16. Dezember.** Die 27-jährige Arbeiterin Margarethe Schramm aus Freital stellte sich bei der Polizei in Röhwein und gab an, sie habe ihre 70-jährige Mutter in ihrer Wohnung in Freital nach einem Streit erschlagen. Die polizeilichen Ermittlungen bestätigten die Angaben. Die Mutter lag mit zertrümmertem Kopf tot im Bett. Neben der Leiche lag das blutbesudelte Peil. Die Mörderin wurde verhaftet.

### Mörder aus Karthaus ausgebrochen.

**Karthaus, 16. Dezember.** Die Leitung des Gefängnisses in Karthaus teilt mit, daß heute nachts ein gefährlicher Verbrecher, der 20-jährige lebige Aufseher Bohumil Kobal, vollständig nach Radokovice bei Pilsan, aus der Strafanstalt entwichen ist. Der Entwichene ist 173 Zm. groß, blond, hat eine hohe Stirn, eine gerade Nase, ein enges Kinn, ein längliches Gesicht, lichte Augenbrauen, einen proportionierten Mund, gute Zähne, eine gesunde Hautfarbe und graublau Augen. Er trug ein blaues Heizhemd und ein weißes Hemd, eine Leinwandhose und eine Leinwandhose. Seine Wäsche trägt die Nr. 360. Er ist von Karthaus in nördlicher Richtung entwichen.

Kobal ist am 7. Mai 1901 in Beraun geboren, war bereits fünfmal verurteilt und verurteilt in Karthaus eine Strafe für den Mord, den er am 3. September 1927 beging. Damals ermordete er bei seinem Dienstherrn Josef Dalmel die 81-jährige W. Kimpelova und raubte 1100 K und eine goldene Uhr. Er wurde damals noch am gleichen Tag von der Polizei bei seiner Geliebten in Prag gefaßt.

### Halbinsel zu verkaufen!

**Galizja, 16. Dezember.** Die Neufundländische Regierung hat die Halbinsel Labrador zum Preise von 100 Millionen Dollar der kanadischen Regierung offiziell zum Kaufe angeboten.

### Weißt du, wie's am besten schmeckt?

**Fascistisch gelocht, faschistisch gedeckt!**

**Modena, 16. Dezember.** Als der italienische Führer der Futuristen und Präsident der Dichterkonferenz der Ital. Italienischen Akademie, Marinetti, der durch seine Gegnerschaft gegen die italienische Küche und sein Eintreten für eine neue futuristische Kochkunst bekannt ist, in Modena einen Vortrag über „Luftkühlung“ und „Luftmalerei“ hielt, demonstrierten zahlreiche Studenten als Anhänger der italienischen nationalen Küche so bestig, daß es zu schweren Schlägereien zwischen ihnen und den Anhängern Marinettis kam.

### Ohne Wahl verteilt die Gaben...

**Budapest, 15. Dezember.** Der Minister des Innern hat beschlossen, die für die Ergreifung des Täters des Via Torbogyer Eisenbahnattentats von den ungarischen Staatsbahnen ausgelegte Belohnung von 50.000 Pengo folgendermaßen zu verteilen: 5000 Pengo bekommen jene Personen, die in der Auffindung der Beweisgegenstände am Tatortsort wirksam mitgearbeitet haben. 3000

## Plutbad in einer heidischen Gemeinde

Gegen 1 Uhr nachts erhalten wir auf dem Umwege über das Prager Preßbüro eine Meldung der österreichischen Amtlichen Nachrichtenstelle über einen blutigen Zusammenstoß sozialdemokratischer Arbeiter in der heidischen Gemeinde Boissberg mit Gendarmerie. Da wir zu dieser Stunde keine Möglichkeit mehr zur Überprüfung dieser Meldung durch unsere Wiener Partei hatten, registrieren wir vorläufig lediglich, daß bei dem Zusammenstoß zwei Personen, darunter eine Genossin getötet wurde. Ein Dritter, schwerverletzt, dürfte die Nacht nicht überlebt haben.

Pengo bekommt die Wiener Polizei, 2000 Pengo die ungarische Gendarmerie und 40.000 Pengo die politische Abteilung der Budapest-Polizei.

Der Frau-Forscher, die als erste gegen Raufschlo die Anzeige erstattet hat, geht also leer aus. Die Wiener Polizei, die alles getan hat, Raufschlo nicht zu erwischen, bekommt 3000 Pengo (17.000 Kr.). Der sicherste Weg, die Gerechtigkeit von freiwilliger Hilfe für die unfähige Polizei abzuschrecken!

### Ziehung der Klassenlotterie

50.000 K: 99.845.  
20.000 K: 45.548.  
10.000 K: 11.618, 67.611, 81.106.  
5000 K: 17.556, 24.339, 31.717, 40.988, 77.657, 98.264.  
2000 K: 12.631, 22.399, 26.897, 32.986, 34.633, 35.774, 55.061, 58.379, 70.140, 70.671, 89.710, 93.236, 103.214, 101.935.

**Mord.** Aus Uhorod wird geschrieben. In der Gemeinde Cirovec, polnischer Bezirk Lwow, in der Ostslowakei brach in der Nacht zum 8. Dezember auf dem Schüttboden des Anwesens des 66 Jahre alten Landwirts Michal Rumjal ein Brand aus. Der Bürgermeister des Ortes drang mit einigen Ortsbewohnern auf den Schüttboden, wo sie im brennenden Laub den verfohlten Leichnam des Landwirts Rumjal vorfanden. Im Kopfe wies die Leiche Wunden auf, die von einem stumpfen Gegenstand herührten, wahrscheinlich von einer Hacke. Der Mörder hatte sich Opfer nach der Tat auf den Schüttboden geschleift, wo er es mit trockenen Blättern bedeckte, die er schließlich anzündete. Ein etwa 22-jähriger junger Mann von schlanker Gestalt, röstlichem Gesicht und ausfallend grauen Augen wird der Tat verdächtigt. Es handelt sich anscheinend um einen aus Polen gefommenen Landstreicher, der bei Rumjal erschienen war, um hier Unterschlupf zu finden, denn Rumjal war dafür bekannt, jenen Personen, die aus Polen nach der Tschechoslowakei zwecks Arbeitssuche kamen, Unterschlupf gegeben zu haben.

**Aller guten Dinge sind drei.** Bei der Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Hötting (Tirol) erhielten die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen die gleiche Stimmenzahl. Das Los, welches entscheiden sollte, wer als gewählt anzusehen sei, fiel auf den Sozialdemokraten Kobl. Es ist dies der dritte Fall dieser Art in Tirol, daß das Los auf den sozialdemokratischen Kandidaten des Bürgermeisters fiel.

**Fliegertod.** Auf dem Flughafen Löhnd-Trademünde stürzte gestern ein zweischwimmerverfüchtflugzeug „D 2176“ bei einem Probeflug aus ungefähr 500 bis 600 Meter Höhe ab. Das Flugzeug hatte, so weit von der Erde aus beobachtet werden konnte, bereits während des Fluges Beschädigungen erlitten, die den Absturz herbeiführten. Pilot Karl Wiborg war sofort tot. Er galt als ausgezeichneter Flieger.

**Was in der Tschechoslowakei verbrannt wird.** Im dritten Vierteljahr 1931 wurden von der tschechoslowakischen Tabakregie 70.331.000 Zigaretten verkauft, um 11,4 Mill. weniger, als in der gleichen Vorjahreszeit. Der Rückgang erstreckt sich auf sämtliche Sorten. Zigaretten wurden 3.301.790.000 Stück abgesetzt, um 78.866.000 mehr. In der Gruppe der neueren Zigaretten war ein Rückgang um 490.000 Stück zu verzeichnen und bei den mittleren Sorten (Logie, Slavia, Bohna, Le Rent, Dames und Regent) um 135 Millionen Stück. Dem gegenüber hat der Verkauf von billigeren Sorten um 214 Mill. Stück zugenommen. Lediglich Sport, Torre und Praga-Zigaretten zeigen einen geringen Rückgang. Zigarettenabak wurden 124.439 Kilogramm, um 3662 Kg. weniger, verkauft. Mit Ausnahme von Fertegobina-Tabak ist der Absatz sämtlicher übrigen Sorten zurückgegangen. Pfeifenabak wurden 1.959.350 Kg., um 53.920 Kg. weniger abgesetzt. Aus amerikanischen Pfeifenabak verzeichnet im Absatz ein mächtiges Ansteigen. Schnupftabak wurden 21.390 Kg., um 618 Kg. weniger, verkauft. Tabakextrakt 1740 Kg., um 1813 Kg. weniger und Tabakstaub 30.520 Kg., um 10.660 Kg. weniger. Es ist demnach der Verbrauch sämtlicher Tabakerzeugnisse, ausgenommen Noarotten, zurückgegangen.

**Arbeitslosendemonstration in Paris.** Als gestern die Abbrucharbeiten der Pariser Kolonialausstellung begannen, demonstrieren mehrere tausend Arbeitslose und stellten die Forderung, bei diesen Arbeiten Beschäftigung zu finden. Sie wurden durch die Polizei vertrieben.

### Der Kampf gegen die Bergmanns-Krankheit in St. Joachimsst.

Unter den Krankheitsimpfungen, die die Berufsausübung direkt oder indirekt mit sich bringt, befindet sich als wichtigste und am meisten auftretende die Erkrankung der Atemwege. Die Arbeitstätigkeit in einem von Staub durchsetzten Milieu weist, wie bereits seit längerem bekannt, ein bedeutend höheres Ausmaß von Lungen- und Bronchienkrankheiten auf, ja sogar das Einschleppen von Tuberkulose, als die übrigen Beschäftigungszweige. Bei den Bergleuten tritt aber noch ein weiterer Krankheitsreize hinzu: Die anstrengende Körperhaltung. In den Joachimsstaler Gruben wirken hier aber noch andere physikalische Einflüsse mit: Die Radioaktivität der Gesteinsmassen und die Emanation der Grubenluft.

Die verdächtige Erkrankung dieser Bergleute gab dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und dem Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen die Anregung zur Überprüfung der provisorischen Belegschaften der Gruben und der Uraufzucht im ganzen 403 Personen, und zwar nach der klinischen und röntgenologischen Seite, was die Blutzusammensetzung anbetrifft. Die Untersuchungen nahmen die Herzte der staatlichen Krankenanstalt und der Klinik vor. Der Großteil der Untersuchten zeigte röntgenologische Veränderungen, die manchmal auf eine Verhärtung der Lunge hindeuten, in der Mehrzahl jedoch auf Tuberkulosefortschritte, trotzdem die Auswurfuntersuchung — bis auf einen Fall — negativ ausfiel. In der Zeit vor der Erkrankung wurde in zahlreichen Fällen ein Blutstreben angeführt. Eine verdächtige Erkrankung an Krebs wurde bei der Untersuchung der Belegschaft nicht festgestellt. Bei der Sektion der Leichen der in den Jahren 1928/30 verstorbenen Bergleute wurde jedoch diese Krankheit in neun Fällen als Todesursache diagnostiziert. Nach den Bemerkungen in den letzten 50 Jahren ist zu ersehen, daß die Gesamterkrankung an Krebs im Bezirk von Joachimsst fast doppelt so häufig auftritt, als in den übrigen Bezirken der Republik. Man könne demnach auch nicht eine gewisse Disposition der Bevölkerung in dieser Krankheit überhaupt ausschließen, deren Entstehungsursache leider bisher noch unauflösbar bleibt. Die Mischelarbeit gebietet, nicht erst auf die Endlösung dieses Problems zu warten, sondern all das zu unternehmen, was zur Vermeidung oder wenigstens Milderung der bösen Einwirkungen der lokalen Faktoren in den Gruben und in der Uraufzucht dienen soll.

Die oberste Verwaltungsbehörde hat deshalb über Anempfehlung von Sachverständigen eine Art von Gesundheitsüberwachung durch die Ausschließung von jugendlichen Personen vor der Beendigung ihrer körperlichen Entwicklung sowie jener Personen eingeführt, die an Erkrankungen der Atemwege leiden, welche durch Arbeiten in staubdurchsetzten Räumen entstanden sind. Weiter wurde die Beachtung der Arbeitserleichterung, die regelmäßige Messung der Aktivität der Luft, die Verbesserung der Grubenbelüftung, Verbesserung der Lüftungseinrichtungen, die nässe Bohrung, Beistellung von Masken (Respiratoren), eingeführt. Weiter wird an die Regelung der Bergmannskrankheit im Joachimsstaler Gebiet auf die Suche der Ursachen, im kommenden Geleite über Berufsfragen getrieben. In der nächsten Zeit wird die Überprüfung des Gesundheitszustandes der Bergarbeiter wiederholt werden. Das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen, dem durch den Präsidenten der Republik in großmütiger Weise vom Nationalkongress ein Betrag von 300.000 K zwecks Studiums und Stellung dieser Krankheit zugewiesen wurde, hat eine Sachverständigenkommission mit der Durchführung dieser

Aufgabe betraut, die ihre planmäßige Tätigkeit gleich nach Neujahr aufnehmen wird.

**Der Prinz als Bankbeamter.** Der Generalinspektionsrat Zedwiler hat, wie „Ny Ny“ meldet, in einer Bank in München eine Unternehmung vorgenommen, in deren Verlauf er den in der Bank angelegten Prinzipien Casparucci'sche schwere Formeln gemacht hat. Der Prinz zog daraufhin einen Revolver und steckte den Inspektor mit zwei Kugeln nieder. Dann beging er Selbstmord. Der Generalinspektor liegt im Sterben.

**Das Kind ohne Schutz — im Schnee.** Dienstag wurde in der Gasse Lüneburg ein einjähriges Kind von 111 vermisst. In Mittelstücken bei Schnee und war so dünn, daß eine Heilung sogar der Injektionen eingestellt werden mußte. An einigen Stellen erreichte die Schneedecke eine Höhe bis zu 50 Zentimetern.

**Abgebranntes Theater.** In dem Kopenhagener Rovertes-Theater brach Feuer aus. Das Gebäude wurde bis auf die Grundmauern eingeschert. Ursache der Katastrophe ist vermutlich Kurzschluss. 100 Schauspieler und Angestellte wurden durch das Feuer arbeitslos. Das Theater ist erst vor einigen Wochen für 448.000 Kronen an einen neuen Besitzer übergegangen. Der Schaden ist im wesentlichen durch Versicherung gedeckt.

### Arbeitslos.

Run geh ich von Tür zu Tür ...  
Der Arbeiter gab mir sein Frühstücksbrot  
Ich durfte noch mit ihm zum Essen gehn  
Doch vor der Tür ließ mich vergeblich stehn  
Der Herr Direktor nur in meiner Not.

In der Mansarde hoch das arme Weib  
Verwirrt mich vor ihren eignen Sohn  
Gib mir noch Geld von ihrem Hungerlohn  
Dem Hausherrn war es nur ein Zeitvertreib,  
Mich anzuschauzen voller Wut:  
„Es sei“, so schrieb er, „nicht sein Brauch“  
Und legt die Hand zum Schwur auf seinen Bauch,  
Zu unterstützen solche faule Brut.“

Das junge Mädel im Fabrikkontor  
Gibt mir aus seinem Portemonnaie  
Der Münzen paar, mir tat das Herz weh,  
Der Chef, der gab nichts, oh, da sei Gott vor.

Run bin ich müd' und hab dies Leben satt,  
Voll Sorgen ist mein mühsam langer Weg,  
Gefahrenvoll der schmale steile Steg  
Bis ist ein niedersinkende Herdenmatt ...

J. F.

### Das „Rote“ Wien und die Alkoholverbämpfung.

Ende November veranstalteten die österreichischen Alkoholverbämpfer aller Richtungen gemeinsam eine Tagung über Trinkerfürsorge, ein Gebiet, das leider vielfach, besonders aber bei uns in der Tschechoslowakei, noch recht vernachlässigt wird. In zahlreichen Vorträgen wurde die Psychologie des Alkoholkranke, die Behandlung in offener und geschlossener Fürsorge, die Arbeit auf dem Gebiet der Trinkerrettung in Deutschland, der Schweiz und Österreich ausführlich behandelt. Der Delegierte der Stadt Wien, Professor Landner, konnte mit Recht auf die Arbeit der Gemeinde hinweisen, die durch Errichtung von Trinkerberatungsstellen und der Heilstätte für Alkoholkranke im Exinhol, ferner durch Anstellung eines Wanderschreibers für Nüchternheitsunterricht für die Wiener Schulen, durch gezielte Unterstützung der Vereine, die sich der Trinkerrettung widmen, auch den Kampf gegen den Alkoholkonsum noch kräftig fördert. Er versprach auch die Unterstützung des Wiener Stadtparlaments zur Errichtung eines Trinkerfürsorgehauses, dessen Entwurf der Tagung zur Beratung vorlag. Die geleglichen Maßnahmen der meisten Staaten reichten nicht aus, um die rechtzeitige Einweisung eines Trinkers

in eine Heilstätte auch gegen seinen Willen zu ermöglichen, wodurch nicht nur die Heilung erschwert, sondern auch jahrelanges (schlechtes und wirtschaftliches) Elend in Trinkerfamilien hervorgerufen wird. Auch eine Erleichterung des Entmündigungsverfahrens, Errichtung von Trinkerheil- und Pflegeanstalten, bessere für unheilbare Alkoholiker, Schonung für entlassene Trinker bei bedingter Sicherheit, Bestrafung von Personen, die alkoholische Getränke an Trinker verdrängen u. a., steht der Entwürf vor.

Den Vorsitz der Tagung, die von 500 Teilnehmern besucht war, führte der Alt-Bundespräsident Dr. Michael Hainisch, der in seiner Begrüßung sagte, daß er keine körperliche und geistige Kräftigung nur der totalen Enthaltungsmittel von Alkohol und Morfin verdanke. Er erzählte, daß er als Präsident in Tirol und Kärnten immer von den Schützen mit Schnaps begrüßt wurde, daß aber keine unerwünschte Ablehnung aller alkoholischen Getränke, doch eine Wirkung auf das Volk hatte, und verlangte eine solche Einstellung von allen an verantwortlicher Stelle Stehenden. Präsident Masarik, der auch überzeugter Abstinenzist ist, hat einmal bei einer Gattin-Tagung gesagt: „Weil sind die führenden Kreise meist die verfahrenen Kreise.“

Die Berichte über den Stand der Trinkerfürsorge in Wien wurden, wie Senator Dr. Politzer mit Recht sagte, von den Vertretern der Tschechoslowakei mit Beifälligkeit und Respekt angehört, denn bei uns geschied auf diesem Gebiet sehr wenig. Seit dem Jahre 1928 besteht eine Trinkerberatungsstelle in Prag, seit heuer eine zweite in Brunn, denen es aber an geeigneten Helfern mangelt. Unsere Abstinenzvereine haben bis jetzt Trinkerrettungsarbeit vollkommen abgelehnt. Die notwendig und auch wie erfolgreich gerade diese Arbeit ist, zeigte uns der Besuch des Unterhaltungsabends, der zu Ehren der Tagung vom Trinkerrettungsverein „Lebensreform“ veranstaltet worden war.

Dieser Verein wurde von Rep. Rat Witzel, Ne 41, der seit Jahren die Trinkerberatungsstelle

### Bei Reinigung der Zähne mit Chlorodont-Zahnpaste

welche von mehr als 6 Millionen Menschen täglich verwendet wird - kein Zahneinsetz

im 20. Bezirk leitet, vor vier Jahren gegründet, um durch alkoholfreie Gesellschaft die gefährlichen Alkoholiker vom Wirtshaus fernzuhalten. An 300 Personen, einigte Trinker mit ihren Angehörigen, versammelten sich jeden Samstag in der buntgeschmückten Hüchlingsgarade im 20. Bezirk, die auch eine alkoholfreie Wirtschaft hat. Eine Arbeitertafel spielt auf, Gesellschaftsspiele, Karten werden gespielt, die Jugend tanzt fröhlich. Die Spuren der Trunksucht zeigen sich auf vielen Gesichtern, doch heute leuchtet die Freude aus aller Augen. Es fanden einige Renaissancen von Familien statt, die eine acht- bis zwölfwöchentliche Probezeit überstanden haben. Nicht nur der Trinker, auch seine Frau und Kinder müssen dem Verein beitreten und sich durch ein jehliches Gelübde, das nach einem von Dr. Weigl, der Pfaffe dieser Menschen angepaßten Ritual abgelegt wird, zur Enthaltung verpflichtet. Diese Alkoholiker, die schon in Irrenanstalten waren und immer wieder rückfällig wurden, sind nun seit Jahren ganz ohne Rückfall geblieben. Der wöchentliche Besuch der Beratungsstelle und des Unterhaltungsabends sind Pflicht und auch das feste Band, das alle zusammenhält. Die Frauen bringen ihre Erparnisse mit, die von Dr. Weigl in die Sparbücher eingezahlt werden, durch besondere Abreden wird die länger als ein Jahr währende Abstinenz auszeichnet, für 200 Hausbesuche, die von ehemaligen Trinkern bei den „Neuen“ gemacht werden, gibt es Ehrenpläne.

Passende Weihnachtsgeschenke im Lichte der Palaba Batterie-Empfänger und Batterien RADIO-PALABA wann rein und klar die Weihnachtslieder erklingen sollen.

**PALABA**

PS-PS

Alle Arbeit wird ehrenamtlich geleistet, die Subvention des Fürsorgeministeriums und der Gemeinde wurde zur Abhaltung von Ausbildungskursen für Helfer verwendet. Wer die starke Belastung der sozialen Fürsorge durch das Trinkerelend kennt, wer die körperlichen und geistigen Qualen in Trinkerfamilien mitangelesen hat, weiß diese wahrhafte Samariterarbeit Dr. Weigl und seiner braven Helfer, einfacher Arbeiter, die aus eigener Kraft ihr Leben überwinden haben und nun ihren Genossen helfen, gesund und glücklich zu werden, erst voll einschätzen.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik

#### Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit

Scharfe Opposition der Unternehmer gegen die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit.

Die sieben in Genf abgehaltene Sitzung der Kommission des Internationalen Arbeitsamtes für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist von den Unternehmern als günstige Gelegenheit benutzt worden, um auch international ihre Gegnerlichkeit gegen die Arbeitszeitverkürzung zu bekräftigen. Es war insbesondere der französische Unternehmervertreter Lambert-Ribot, der sich zum Vorkämpfer der Arbeitgeber machte, wobei er hervorhob, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine beträchtliche Erhöhung der Gestehungskosten zur Folge haben würde. Wenn er auch — allerdings unter unzähligen Einwänden und Vorbehalten — das Prinzip der Verkürzung der Arbeitszeit in Krisenzeiten nicht abzulehnen wagte, so war er doch unmissbar in Bezug auf die allgemeine Herabsetzung der Zahl der Arbeitsstunden, d. h. er dachte keinen Augenblick an jene Arbeitszeitverkürzung, die im Hinblick auf die in allen Ländern nachgewiesene gewaltige Erhöhung der Arbeitslosigkeit auf Grund der Rationalisierung und Technisierung eine unbedingte Notwendigkeit geworden ist. Daß die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung ohne Erhöhung der Gestehungskosten in zahlreichen Fällen praktisch bewiesen ist, läßt Lambert-Ribot kalt. Er kammer sich an die Erhöhung der Gestehungskosten und sagt, daß sie nicht dazu angeht, zur Lösung der Krise beizutragen. Für ihn ist die Krise „die Folge von Irrtümern, die bezahlt werden müssen, und zwar durch Arbeit, das einzige Mittel zur Befreiung der verkümmerten oder verlorengegangenen Kapitalien“. Das Problem reduziert sich für ihn auf die einfache Formel, daß der Arbeiter das durch die Unfähigkeit und Ineffizienz der kapitalistischen Wirtschaftsführung verschleuderte Geld durch die Erzeugung von Mehrwerten zu ersetzen hat.

In seiner Antwort führte Loubaux im Namen der Arbeitergruppe aus, dem Unternehmern sei es mit seinen Schlussfolgerungen lediglich um den Beweis zu tun, daß es unmöglich sei, etwas zu unternehmen. Die Schwierigkeiten der Verteilung der Arbeit und der Arbeitskräfte seien jedoch nicht so groß, wie dies von Lambert-Ribot gesagt worden sei. Das ganze Problem laufe auf die Frage hinaus: Will man verlieren, etwas zu tun, oder will man es nicht? Loubaux glaubt, daß bei einer allgemeinen Einführung der 40-Stunden-Woche eine große Zahl von Arbeitern wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden könnte. Auf Seiten der Arbeitgeber fehle jedoch jeder ernsthafte Wille zu einer solchen Maßnahme. Sie seien gegen ein internationales Übereinkommen, weil sie befürchten, daß dadurch der Weg zur Planwirtschaft freimacht werde. Der Vormarsch zur Planwirtschaft könne jedoch durch nichts aufzuhalten werden, sie liege im Rahmen der industriellen Entwicklung!

### Mütter und Frauen — Weihnachten ist ein Feiertag des Friedens!

Warum der Titel des nachfolgenden auf das Friedliche der Weihnachten wohl hinweist? Nun, einfach deshalb, damit beim Einkauf von Spielsachen für die Kleinen daran auch gedacht wird.

Jede Mutter wird irgendeine Kleinigkeit, sei sie nun selbst verfertigt oder gekauft, dem Kinde schenken; so furchtbar die Not der Zeit ist, irgendetwas wird das Kind erfreuen, auch wenn sich darum „fremde“ Menschen gekümmert haben sollten.

Angenommen nun, es wäre möglich, einzukaufen, um das Kind freudig bewegt, glücklich zu sehen. Was kauft man, vielmehr was soll man kaufen? Alles, das in irgendeiner Form an das Menschliche gemahnt; alles, aus dem das Kind den Geist der Güte, der Hilfsbereitschaft, des Friedens merkt. Also nicht gekauft werden: alle Arten von Gewehren, Säbeln, Fisches, keine Uniformen, Patronen, Knüttel und Knüttel (die gibt es nämlich auch schon bedauerlicherweise in Miniaturausgabe).

In der Regel ist es Gedankenlosigkeit, die dafür verantwortlich gemacht werden muß, daß Kinder mit kleinen Porzellanfiguren bedient werden; oder jede Mutter, jede Frau, schließlich jeder einzelne Mensch, der sich veranlaßt fühlt für die Auswirkungen eines Geschenkes, muß Angebote von oben geschickten Dingen zu ablehnen; es wird offensichtlich nicht zu glatten abgeben; es wird offensichtlich nicht zu lange dauern und die Erzeugung von Kriegs-

spielzeug wird sich umstellen müssen auf andere Dinge, die geeignet sind, das Erziehungswert günstig zu beeinflussen.

Eben jetzt kann man täglich Berichte vom östlichen Kriegsschauplatz lesen, auf dem wieder Menschen einander als „Feinde“ gegenübersehen, von denen jeder einzelne keine feindliche Einstellung zu seinem von Kriegsgnaden zum Gegner gewordenen Nebenmenschen besitzt; wieder sterben Söhne von Müttern, Väter von Kindern, Brüder von Schwestern für irgendein Phantom; wieder werden zahlreiche Mütter gebrachten Herzens ihrer Kinder gedenken, die unnütz, zwecklos für die Gelüste einer kleinen Gesellschaft vernichtet wurden. Alle Mütter mühten eben jetzt, in dieser Zeit, einen klammenden Protest gegen das Menschenmorden im fernen Osten erheben; aber es rührt sich nichts, alles schweigt, die Suggestion ist wieder auf Werke.

Man spricht allenthalben vom „Aufstrome Ostens“ so, als ob es gälte, irgend etwas Angenehmes zu erwarten; ja, warum lassen denn die Frauen, die doch in der überwiegenden Mehrheit sind, das alles so festschraubend sprechen? Warum erheben sie sich nicht überall, in Ost und West, in Nord und Süd, um ein Wort zu sagen, die ihre Säbel füllen wollen mit Hilfe des Kanonenfutters? Frauen, beginnt in der Kinderstube; lehnt alles ab, das dem Verderben, der Zerstörung, der Vernichtung dient; spricht überall, an allen Orten, zu jedem, der noch rückwärts genug ist, seinem Kinde Nordwestwege zu schenken.

Die Kaufkraft, daß es sich ja um Kleinigkeiten handelt und daß natürlich nicht jeder Bub, der einmal einen winzigen Säbel bekam,

auch ein Gewalttäter wurde, verfährt nicht; wer in der Kindheit und Jugend Bekanntheit macht mit Requisiten, die Menschen- und Sachgüter der Vernichtung zuführen, der wird kaum jemals besondere Vorbehalte dafür haben, für den Frieden einzutreten. Oder, Mütter, wollt ihr den Kindern sagen, was man Säbel und Patronen und Patronen braucht? Wollt ihr ihnen sagen, daß man Menschen damit tötet? Und dann wollt ihr das Fest des Friedens feiern? Nicht wahr, das ist ein Widerspruch, das geht einfach nicht.

Wenn der Bub erzählt, daß sein Freund ein Gewehr zu Weihnachten bekommen hat, dann versucht, mit der schenkenden Person zu sprechen, sie anzuklaffen (es ist ein höchst undankbares Geschäft, aber es muß getan werden, auch wenn man manchmal zu hören bekommt, daß „es ja Sie nichts angeht“) und ihr die Schäden vor Augen zu führen, die mit dem gedankenlos gemachten Geschenk verknüpft sind.

Gibt den Kindern einfache, zweckdienliche Spielsachen (selbst verfertigte und auch gekaufte), den größeren gebt Bücher, aus denen sie das wahre Selbstentum der Menschlichkeit erfahren, nicht jenes falsche Heldentum, das gefürchtet ist an Millionen Tote von Söhnen und Vätern, das gefürchtet ist an unbefehliges Weh zerquälter Mütter, verblühter Schwestern und an die unsagbare Qual der durch den Krieg halb vernichteten Christen, der Wunden, Sämen, Stochen. So stellt ihnen den Krieg dar so zeigt ihnen die Verwendung der Kriegsmittel.

Darum: Denkende Menschen kaufen kein Kriegsspielzeug für ihre oder andere Kinder. Adele Bruckner.

